linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 6 1/12

LANGES FELD

Gegen die Bürger und alle Vernunft

Barthel und Hilgen sind fest entschlossen, im Langen Feld ein Gewerbegebiet zu errichten. Das ist ein seit langem verfolgter Plan, bei dem es noch nie um die Frage ging, wer die besseren Argumente hat. Von Anfang an ging es der Stadtspitze nicht um Sachargumente und Fakten. Es geht nur um die schlichte Hoffnung, wenn die Stadt im großen Stil Gewerbeflächen anbietet, dass sich dann neue Betriebe ansiedeln und neue Arbeitsplätze entstehen werden. Das ist wie bei der Religion: Man muss es glauben.



InformationsDemo auf dem Langen Feld im September 2010.

Für Barthel und Hilgen war das Ergebnis gesetzt. Das Lange Feld wird Gewerbegebiet - Basta! Sachargumente und Bürgerinitiativen, die sich sachkundig machen, stören da nur. Konsequenterweise gab es deshalb nur Scheinzugeständnisse an die Bürger. Und was wurde nicht alles versprochen? Machbarkeitsstudien, Gutachten zur Untersuchung der klimatischen Bedeutung des Lange Felds und Gutachten zum Verkehr.

Der alte Trick: solange es um die Grundsatzentscheidung geht, wird die Zahl der Arbeitsplätze möglichst hoch geschätzt. Wenn dann die Planung konkreter wird und es um die Belastung der Einwohner durch Dreck und Lärm geht, stellen die Gutachter viel niedrigere Zahlen vor. Und immer ist es die Stadt-Regierung, die schon längst entschieden ist, die die Aufträge an die Gutachter vergibt und damit das Ergebnis schon mitbestellt.

Man veranstaltet ein bisschen Gutachterei und öffentliche Diskussionen, um die Kritiker zappeln zu lassen, und am Ende wird entschieden, wie es von Anfang an geplant war. Auch so ein Trick war, die Gutachten könne die Stadt nur dann in Auftrag geben, wenn zuvor ein Aufstellungsbeschluss für das Lange Feld erfolgt ist. Die Grünen hatten sich auf dieses Spiel mit gezinkten Karten eingelassen. Sie hätten wissen müssen, dass dies der Startschuss für Hilgen und Barthel war, die Planungen zügig voranzutreiben.

Schlimmer noch: Es wurde in den Haushaltsbeschlüssen der letzten Jahre Finanzmittel in Millionenhöhe für den Ankauf von Flächen durch die Stadt zur Verfügung gestellt, immer mit den Stimmen der Grünen und gegen unsere Änderungsanträge.

Die Grünen werden vorgeführt

Und dann kam die Kommunalwahl 2011, mit Stimmenzuwachs für die Grünen. Was wurde in der Sache Langes Feld von den Grünen mit der SPD vereinbart? Etwa, das Projekt bis zum Ende der Wahlperiode auszusetzen? Vorrang für das Gewerbegebiet Sanderhäuser Berg? In Zukunft nur noch interkommunale Gewebegebiete? Ein Programm zur Entwicklung der Flächen in der Stadt? Nichts von alledem!

Die SPD versprach, bis zu einem Bürgerentscheid in Sachen Langes Feld still zu halten. Was sie aber in Wirklichkeit gar nicht tat, denn auch im Haushalt für 2012 stehen wieder 3 Millionen Euro für den Ankauf von Flächen. Die Grünen schlucken auch diese Kröte und stimmen dem Haushalt zu. Und weil alles schon entschieden ist, wird ein Bürgerantrag für einen unabhängigen Faktencheck abgelehnt.

Erfolgreiches Bürgerbegehren in der ersten Stufe

Nun war das Bürgerbegehren in der ersten Stufe erfolgreich. Die Zahl der nötigen Unterschriften, um einen Bürgerentscheid zu erzwingen, wurde gesammelt. Käme es zu einem Bürgerentscheid, so müssten eine Mehrheit und zugleich mindestens ein Viertel der Wahlberechtigen mit JA stimmen. Das wären mehr JA-Stimmen, als Hilgen bei der OB-Wahl erhielt. Selbst dieser hohen Hürde traut die SPD nicht mehr. Und deshalb - was interessieren uns unsere Versprechen von gestern - erklärte Hilgen das Bürgerbegehren für unzulässig.

Und was machen die Grünen? Im Grunde schlucken sie auch diese Kröte. Sie lassen sich von der SPD erneut vorführen und haben nicht den Mumm, die Kooperation mit der SPD zu kündigen. Und so wird es

dazu kommen, dass zum ersten Spatenstich am Gewerbegebiet Langes Feld der grüne Stadtbaurat den Spaten trägt. Wie so ein grüner Spagat geht, exerziert Kretschmann gerade in Stuttgart beim Bahnhofsneubau vor. Norbert Domes

Zehn Argumente gegen den Irrglauben

1. In der Region Kassel gibt es genügend freie Gewerbegebiete.
2. Es gibt ungenutzte und untergenutzte Flächen in der Stadt, die vorrangig entwickelt werden müssten.
3. Bei neuen Gewerbegebieten siedeln sich oft nicht neue Betriebe an, sondern es erfolgt nur eine Verlagerung alter Betriebe aus der Stadt an den Stadtrand, womit wieder neue Gewerbebrachen in der Stadt zurückgelassen werden.
4. Die Gleichung „neue Gewerbegebiete = neue Arbeitsplätze“ ist grundfalsch. Bundesweit werden ständig neue Gewerbegebiete ausgewiesen. Würde die Zahl der Beschäftigten im gleichen Tempo wachsen, gäbe es längst keine Arbeitslosen mehr.
5. Gewerbegebiete müssten regional und interkommunal geplant und entwickelt werden, damit sich nicht benachbarte Städte und Gemeinden einen ruinösen Konkurrenzkampf liefern. Beim Langen Feld macht die Stadt einen Alleingang.
6. Das Gewerbegebiet Langes Feld wird richtig teuer; 60 Millionen Euro als Vorleistung für den Ankauf von Flächen und die Erschließung. Unverantwortlich bei dem Überangebot an Gewerbegebieten - zu gleicher Zeit werden am Sandershäuser Berg und am Flughafen Calden große Gewerbegebiete geplant und entwickelt.
7. Die Neuerschließung am Stadtrand wird auf lange Sicht teuer, denn alle Versorgungs- und Entsorgungsleitungen müssen langfristig unterhalten werden. Schon heute beklagen sich die Städtischen Werke, dass das Leitungsnetz viel zu groß sei.
8. Das Gewerbegebiet wird entweder ein Flop, dann sind die 60 Millionen gründlich fehlinvestiert, oder es wird wider Erwarten erfolgreich vermarktet, dann werden die Belastungen durch den Verkehr für den Süden Kassels die Schmerzgrenze überschreiten, besonders weil dieses Gebiet nur schlecht vom ÖPNV erschlossen wird.
9. Das Lange Feld wird heute landwirtschaftlich genutzt. Bei immer weiteren Verlusten wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen steigt der Aufwand für Energie- und Transportkosten für die regionale Lebensmittelversorgung.
10. Vom Langen Feld strömt frische, kalte Luft in das Kasseler Becken. Angesichts des Klimawandels wird diese Funktion unverzichtbar.

Keine Privatisierung der Nassauischen Heimstätte

Getreu dem Motto alles, was Gewinne bringen kann, zu privatisieren, macht sich die schwarz-gelbe Landesregierung daran, die bezahlbaren Wohnungen der Nassauschen Heimstätte, zu der auch die der Kasseler Wohnstadt gehören, auf den Markt zu werfen.

Auch wenn sich in verschiedenen Bundesländern MieterInnen erfolgreich gegen die Privatisierungen gewehrt haben – so in Heidelberg und Freiburg – bleibt die hessische Landesregierung stur auf ihrer unsozialen Privatisierungslinie - koste es, was es wolle. Für die schwarz-gelben Marktradikalen aus Wiesbaden gilt die Devise ‚privat vor Staat‘ auch dann, wenn möglicherweise zehntausende von MieterInnenn ihre heute noch sicheren Wohnungen mit einer noch bezahlbaren Miete verlieren.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wenn vom Wohnungsbestand der Nassauischen Heimstätte die Rede ist, sprechen wir immerhin von 62.500 Wohnungen in über 150 Gemeinden und insgesamt mehr als 150.000 Mieterinnen und Mietern, von denen mehr als 40 Prozent RentnerInnen sind. Viele von ihnen haben ein geringes Einkommen. Ein Großteil hat weniger als 1.400 Euro im Monat. In Kassel sieht das im Wohnungsbestand der Wohnstadt nicht anders aus. Für den Fall, dass sich die Landesregierung von ihrem Vorhaben nicht abbringen lässt, muss mit einer massiven Kündigungswelle wegen Verkauf und Modernisierung (mit dem Ziele dramatischer Mieterhöhungen) gerechnet werden. Da der Kasseler Wohnungsmarkt schon heute an seinen Grenzen angekommen ist und auch jetzt schon bezahlbare Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen fehlen, wäre die Privatisierung der Wohnstadt ein Schlag ins Kontor.

Es muss massiv interveniert werden gegen diese kalte und unsoziale Privatisierung. Das geht nicht ohne kämpfen. Es reicht nicht, wenn sich SPD und Grüne dazu durchringen, ihren eigenen Magistrat hier in Kassel zu bitten, er möge „auf die Landesregierung einwirken“ (Zitat), die Privatisierung der Wohnungen der Nassauischen Heimstätte aufzugeben. Vielmehr erwarten wir, dass SPD und Grüne, zusammen mit uns und den Mietervertretungen, alle betroffenen Gemeinden zum Widerstand auffordern. So wie der Mieterbund Nordhessen (vgl. auch Interview mit Ingo Groß hier in dieser Zeitung) die Landtagsabgeordneten in Wiesbaden zum Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung aufruft, so muss sich der Magistrat hier in Kassel in die erste Reihe stellen, um die Landesregierung auszubremsen.

Eckhard Jochum



Wie sich eine Privatisirung von Wohnungen auswirkt, ist in Kassel an vielen Beispielen ablesbar:
Im Herbst 2003 verkaufte die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Hessen (GWH) die Wöhler Siedlung in der Nordstadt. Trotz zahlreicher Bemühungen zum Beispiel durch ein Quartiermanagment und öffentlicher Investitionen in das Wohnumfeld bleiben die notwendigen Sanierungen der Häuser ungenügend

INTERVIEW MIT INGO GROSS

Mieterbund für Erhalt der Wohnstadt

Was halten Sie von den Plänen der hessischen Landesregierung, die 62.500 Wohnungen der Nassauischen Heimstätte zu privatisieren?

Den Verkauf der Wohnungen der Nassauischen Heimstätte und damit der kompletten Wohnstadt in Kassel (5500 Wohnungen in Nordhessen) an ein Privatunternehmen durch die hessische Landesregierung hält der Mieterbund für den falschen Weg. Die Nassauische Heimstätte leistet im Interesse des Landes eine wichtige wohnungs- und städtebauliche Arbeit und trägt zur sozialen Befriedung in den Quartieren bei. Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für kleinere Einkommen ist auch eine öffentliche Aufgabe des Landes.

Was bedeutet das für die Wohnungssituation in Kassel und die Mieterinnen und Mieter der Wohnstadt?

Eine ausschließlich renditeorientierte Unternehmung wird die Verwaltung herunterfahren, notwendige Instandsetzungen kürzen und die Mieten erhöhen, dies alles um (auf Kosten der Mieter) einen möglichst hohen Gewinn für die Aktionäre zu erzielen. Die Erhaltung von sozial stabilen Wohnquartieren spielt dann keine Rolle mehr. Die GAGFAH und die Deutsche Annington haben dies vorgemacht und deren Mieter können auf leidvolle Erfahrungen zurückblicken.

Ungefähr 42 % der Mieterinnen dieser großen hessischen Wohnungsbaugesellschaft sind Rentner. Wie sollen die sich gegen die unweigerlich folgenden Mieterhöhungen zur Wehr setzen und was sollen sie vor allem gegen den Verkauf ihrer Wohnungen tun, den die Privaten dann ja sicherlich anstreben?

Den Verkauf der Wohnungen können die Mieter nicht verhindern, dies können nur die Wähler, indem sie rechtzeitig den unsozialen Bestrebungen eine Quittung erteilen und eine andere Landesregierung wählen. Gegen Mieterhöhungen hilft der Mieterbund mit der Umsetzung von Widersprüchen.

Was sollte Ihrer Meinung nach hier in Kassel kommunalpolitisch unternommen werden, um die schwarz-gelbe Landesregierung noch von ihrem Vorhaben abzubringen?

Kommunal gibt es gegen die Landesregierung keine Zuständigkeit. Die Stadt Kassel könnte aber sozial gefährdete Quartiere von Wohnungen aufkaufen. Die hessischen Landtagsabgeordneten müssen zum Widerstand aufgerufen werden.

Was sieht der Mieterbund Nordhessen als seine Aufgabe an in dieser für so viele Mieterinnen und Mieter in Kassel so kritischen Situation?

Der Mieterbund Nordhessen ist im Gespräch mit der Stadt und ist bereits an die Abgeordneten herangetreten. Ansonsten kämpft unser Landesverband in Wiesbaden gegen die unsozialen Pläne der Landesregierung.

Der Geschäftsführer des Mieterbundes Nordhessen e.V. (DMB) Ingo Groß im Gespräch mit Eckhard Jochum (LinKSzeitung). Die Redaktion der Linkszeitung bedankt sich für das Gespräch.

Mieterbund Nordhessen

Der DMB Mieterbund Nordhessen ist einer von 350 Mietervereinen, die bundesweit in Landesverbänden zusammengeschlossen sind. Die Landesverbände bilden zusammen den Deutschen Mieterbund (DMB), eine wichtige Interessenvertretung aller Mieterinnen und Mieter in Deutschland.

Dem Mieterbund Nordhessen e.V. gehören rund 17.000 Mietparteien aus ganz Nordhessen an. Damit ist er einer der 10 größten deutschen Mietervereine. Seit über 100 Jahren setzt er sich ein für die Verwirklichung einer sozialen Wohnungspolitik. Neben der Vertretung von Mieterinnen und Mietern im weitesten Sinne geht es dem Verein auch um die Förderung eines gemeinnützigen und sozialen Mietwohnungsbaus.

Rechtsanwalt Ingo Groß ist Geschäftsführer des Vereins. Dr. W. Hilfer ist 1. Vorsitzender des siebenköpfigen Vorstandes.

Unterschriftenliste zum runterladen: http://www.nassauische-muss-bleiben.de
Ausgedruckte Exemplare bei allen beteiligten Gewerkschaften, dem Mieterbund und im Fraktionsbüro der Kasseler Linke



ABRÜSTUNGSPOLITIK

Appell gegen Panzer aus Kassel

Eine denkwürdige Stadtverordnetenversammlung fand im Januar 2012 statt: Der Antrag der Linken – nach kleinen Änderungen auch mitgetragen von den Grünen – wurde diskutiert und abgestimmt.

Es ging um den Antrag, die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien zu verhindern und in die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte einzusteigen. Im Vorfeld versuchten die Gegner des Antrags, unser friedenspolitisches Anliegen über die Presse in Misskredit zu bringen. „Schaufensterantrag" lautete die Kritik. Die Stadtverordnetenversammlung sei nicht zuständig. Mehr als 150 Besucher–Innen auf der vollen Empore des Stadtverordnetensaals sahen das völlig anders.

Für unseren Antrag stimmten 25 Stadtverordnete von den Linken und Grünen, der Piratenpartei und 2 von der SPD – dagegen 34 von SPD, CDU, FDP und FWG. Das sind 25 gewichtige Stimmen gegen Panzerexporte und für die Konversion!

Bereits im Dezember 2011 fand vor dem Rathaus die öffentliche Übergabe von 2000 Unterschriften an OB Hilgen und an die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Friedrich, statt. Diese Unterschriftenaktion ging zurück auf die Initiative des Friedensforums mit starker Unterstützung der katholischen Kirche.

Bei der Spitze der Stadtverwaltung stößt das Thema grundsätzlich nicht auf Gegenliebe. Was man auch daran ablesen kann, dass mein Projektvorschlag zur 1100 Jahrfeier der Stadt Kassel im Jahr 2013 abgelehnt worden ist. Ich war dem Aufruf der Stadt gefolgt und habe mich mit einem eigenen Vorschlag beteiligt. Noch vor dem Bekanntwerden der geplanten Panzerexporte nach Saudi-Arabien im Sommer 2011 reichte ich im Herbst 2010 meinen Vorschlag ein unter dem Projektnamen: „Initiative zum Einstieg in die Rüstungskonversion – Kassel eine Stadt des Friedens durch Rüstungskonversion".

Kassel- Eine Stadt des Friedens durch Rüstungskonversion

Obwohl Deutschland inzwischen drittgrößtes Rüstungsexportland und Kassel wieder Zentrum für Panzerbau und Militärtechnik geworden ist, obwohl die Zerstörung der Stadt mit vielen Toten und unwiederbringlichen Verlusten mahnen: Die Spitzen der Stadt lehnen es ab, die richtigen Konsequenzen zu ziehen und wollen eine breite Debatte verhindern, die zum Ziel hätte, Kassel zu einer Stadt des Friedens zu machen. Diskussionen, wie durch technische Innovation und kluge Konversion Chancen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte eröffnet werden könnten, sollen unterbunden werden.

Ein solches Projekt könnte gemeinsam mit Belegschaften, Gewerkschaften, den Kirchen, der Universität Kassel, der Industrie- und Handelskammer, der Friedensbewegung und all den Menschen, die sich für dieses Thema einsetzen wollen, vorangetrieben werden.

Dieser Projektvorschlag wurde vom Organisationsbüro der Stadt Kassel für das Stadtjubiläum abgelehnt mit der überaus vielsagenden Begründung, dass die Initiative zu einer solchen Strukturveränderung von der Bundes- bzw. Landesgesetzgebung ausgehen solle. Da können wir ja lange warten und werden deshalb mit eigenen Initiativen am Ball bleiben.

Marlis Wilde-Stockmeyer



Übergabe von fast 2.000 Unterschriften an OB Hilgen und die Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich durch Dechant Harald Fischer (im Bild zwischen den beiden) und Peter Strutynski (links vom OB).

Geschichtsverdrehung

Der Beitrag des SPD-Genossen Geselle erklärt den Antrag der Kasseler Linken für völlig daneben und schreibt bei der Gelegenheit die deutsche Geschichte um. Der Antrag, so Geselle, sei verfehlt, weil die alliierten Bombenangriffe ja gar nicht den Rüstungsbetrieben gegolten hätten. Vielmehr sollte lediglich die Bevölkerung terrorisiert und demoralisiert werden!

So weit ist es schon. Mit einer derart üblen, sonst nur in der äußersten Rechten benutzten Argumentation, wird die Geschichte auf den Kopf gestellt. Zum einen stimmt dieses Argument faktisch nicht, weil sich die Kasseler Rüstungsindustrie - in der Tat schwer getroffen - erst im März 1944 von den schweren Zerstörungen durch die Bombardierung wieder soweit „erholt" hatte, dass die 43iger Produktionsziffern erneut erreicht wurden. Zum anderen war der zu großen Teilen fanatisierten deutschen Bevölkerung gar nicht anders als mit massiven Bombardierungen und entsprechenden Opfern beizukommen. Hätte die deutsche Bevölkerung ihre entfesselte rassistische Führung nach dem längst verlorenen Krieg entweder verjagt oder zu den längst überfälligen Friedensverhandlungen genötigt, wären viele deutsche Städte gar nicht erst angegriffen worden. Und zehntausende Deutsche hätten überlebt. Jetzt auch in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung den Alliierten für die Bombardierung der deutschen Städte die Schuld in die Schuhe zu schieben, ist ein starkes Stück. Schuld und Verantwortung tragen die Nationalsozialisten und alle diejenigen Deutschen, die sie gewählt, bejubelt, gefeiert und ihnen Handlungsfreiheit gegeben haben – bis zum letzten Tag und bis zur letzten Patrone.

Eckhard Jochum

HAUSHALT

40 Millionen verzockt an einem Abend

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten im Jahr 2011 gab es neben dem Haushalt vier Punkte, bei denen es richtig um Geld ging.

1. Hessentag

Der Hessentag ist längst eine aus öffentlichen Kassen teuer subventionierte Vergnügungsmesse.

Das Motto heißt: immer größer, immer teurer, immer neue Besucherrekorde. In der Folge stiegen die Verluste für die Hessentagstädte. In der Summe belaufen sich die Verluste der letzten sieben Jahre auf 25 Millionen Euro. Wegen der hohen Verluste ist Vellmar als Ausrichter des Hessentags 2013 ausgestiegen.

Warum musste Kassel einspringen?

Auch der Hessentag in Kassel wird durch Schulden finanziert. Der zu erwartende Verlust wird auf 5 Millionen Euro geschätzt. OB Hilgen präsentierte stolz den angeblichen Erfolg seiner Verhandlungen mit dem Land Hessen. Das Land gleicht mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten die Verluste aus und unterm Strich springt für Kassel noch ein Plus heraus. So die Prognose.

Aber dieser Ausgleich durch das Land ist nur scheinbar eine Lösung. Denn erstens bleibt es ein Verlustgeschäft und eine Belastung der öffentlichen Haushalte, ob in Kassel oder Wiesbaden spielt dabei keine Rolle. Zweitens wird die Schuldenbremse dazu führen, dass das Land sich die großzügigen ‚Geschenke' für Kassel an anderer Stelle zurückholen wird. Bevorzugt bei sozialen Projekten oder beim öffentlichen Nahverkehr. Und drittens finanziert die Stadt mit diesen Landes-Zuschüssen Projekte, die zwar nett aber keineswegs vordringlich sind. Die Verschönerung der Königsstraße soll 5 Millionen Euro kosten. Weil aber das Kreditvolumen der Stadt für Investitionen auf 15 Millionen Euro beschränkt bleibt, werden andere Projekte - wie Schulsanierungen - wieder in unbestimmte Zukunft verschoben.

Die Absage durch Vellmar war eine Chance, das Konzept des Hessentags neu zu überdenken, den Hessentag abzuspecken, ihm eine neue Gestalt zu geben. Diese Chance wurde vertan. Stattdessen gab es einen Deal zwischen OB Hilgen und Ministerpräsident Bouffier. Hilgen bekommt seine Vorzeigeprojekte wie die Aufhübschung der Königsstraße und Bouffier kriegt im Wahljahr 2013 eine groß aufgemachten Hessentag, wo er sich als Wohltäter für Nordhessen nochmals in bestem Licht darstellen kann.

Und die Kasseler Grünen? Sie stimmen dem Deal zu.

2. Thüga-Beteiligung an den Städtischen Werken

Der Thüga gehört ein Viertel der Städtischen Werke. Der Thüga-Konzern hat große Pläne. Er will in die Windenergie einsteigen, in großem Stil und mit Windparks in der Nordsee. Dafür muss er Geld einsammeln und gründet ein neues Unternehmen. Die Städtischen Werke haben nichts Besseres zu tun, als dort einzusteigen, denn für 5 Millionen Euro Eintrittsgeld gibt es einen Sitz im Aufsichtsrat.

Für Investitionen in regionale Projekte für Erneuerbare Energie ist dieses Geld weg. Und sollte das neue Unternehmen doch in ein regionales Projekt einsteigen wollen, dann müssen die Städtischen Werke nochmals zahlen für die Investitionen in der Region.

3. Technisches Rathaus Salzmann

Die Stadt mietet zehntausend Quadratmeter Bürofläche für ein sogenanntes Technisches Rathaus im Salzmanngebäude, allerdings mit einer Mietdauer über 25 Jahre. Es handelt sich keineswegs um ein normales Mietverhältnis. In Wirklichkeit haben wir es hier mit einer Investitionsentscheidung zu tun. Bei der Größe der Flächen und der Mietdauer von 25 Jahren ist dies faktisch ein PPP-Projekt (Public-Privat-Partnership).

Der Private investiert im Auftrag der Stadt und die Stadt bindet sich langfristig und sichert mit ihrer Mietzahlung die Rendite des Investors. Was der Spaß kostet, wurde nicht bekannt gegeben, nur der anfängliche (!) Mietpreis pro Quadratmeter. Auch das ist typisch für PPP-Projekte: Die Fakten bleiben geheim und die langfristigen Kosten für die Kommunen ebenso im Dunkeln. Also schätzen wir einfach mal 20 Millionen als Investitionsmittel für das neue Technische Rathaus. Die Stadt hat bereits jetzt verschiedene Büroflächen angemietet. Wenn sie dafür beim Umzug zu Salzmann keine Nachmieter findet, davon muss man bei dem Leerstand an Büroflächen in Kassel und bei dem erbärmlichen Zustand mancher angemieteter Gebäude ausgehen, dann bleibt sie auf den alten Mietzahlungen und somit weiteren Millionenverlusten sitzen.

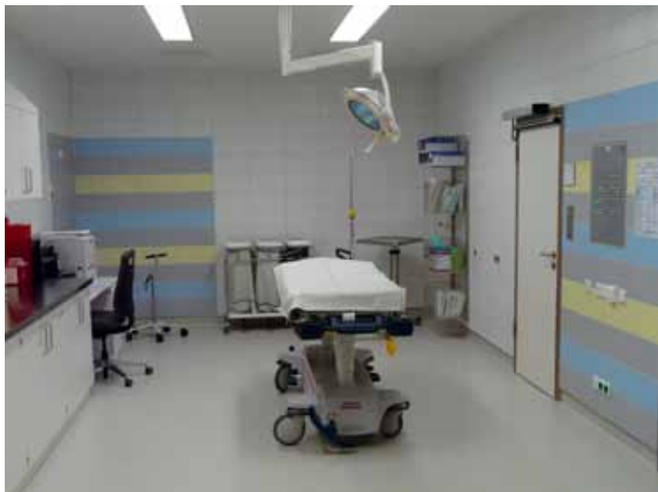
4. Kassel School of Medicine

Am Klinikum Kassel soll in Zusammenarbeit mit einer englischen Universität eine private Hochschule zur Ausbildung von Ärzten gegründet werden. Es ist ein Skandal, dass hier in Hessen mit öffentlichen Geldern und von einem 100 Prozent kommunalem Unternehmen eine Uni gegründet wird, die Studiengebühren verlangt. Dazu kommt ein Verlustgeschäft: Laut Wirtschaftsplan sind mehr als 2 Millionen Euro Verluste nach 7 Jahren eingeplant, wobei schon Einnahmen durch Sponsoring von mehr als 3 Millionen Euro angesetzt wurden, ohne dass es hier Zusagen gibt. Bleiben die Sponsoren aus, dann wird das kommunale Unternehmen 5 Millionen Euro Verlust machen.

Hessentag, Thüga-Beteiligung, Technisches Rathaus, Klinikum: An einem einzigen Abend summieren sich die Beschlüsse der Stadtverordneten auf rund 35 bis 40 Millionen, die die öffentlichen Kassen und die kommunalen Unternehmen belasten. Nichts davon ist alternativlos.

40 Millionen für das Image von Hilgen und Bouffier, für den Traum vom Global Player im Energiemarkt, für die Hoffnung am Ende wenigstens ein Multifunktionshalle ‚Light' zu bekommen und für die Eitelkeit einiger Chefärzte, Universitätsprofessoren spielen zu dürfen.

Norbert Domes



Hessens erste Uni mit Studiengebühren in öffentlicher Hand

VERKEHR & UMWELT

Umbau der Kreuzung Loßbergstraße

Die vielbefahrene Kreuzung in Kirchditmold im Bereich Berliner Brücke, Teichstraße und Loßbergstraße soll umfassend ausgebaut werden. Zusätzliche Spuren und Linksabbieger sollen den Verkehr stadteinwärts besser fließen lassen; auch für Radfahrer und Fußgänger soll es Verbesserungen geben.

Wer erwartet hatte, mit dem von den Grünen in den Magistratssessel gehievten Ex-Stadtbaurat Lohse werde endlich über den Individualverkehr neu nachgedacht, sah sich enttäuscht. Warum stellen wir das jetzt, wo sich Herr Lohse nach Bremen abgesetzt hat, um dort den Senator zu geben, noch fest? Weil bedauerlicherweise auch unter seiner Ägide nicht über den Generalverkehrsplan (GVP) und über wirksame Maßnahmen zur Reduzierung von Lärm und Feinstaub diskutiert wurde. Die Lärm- und Abgasbelastung in Kassel hätten dies eigentlich längst nötig gemacht. Aber so hat man sich lieber mit Themen wie z.B. einem aufwändigen Um- und Ausbau der Loßbergstraßenkreuzung beschäftigt und schafft damit – wieder einmal – Fakten zugunsten des motorisierten Individualverkehrs. Und das, obwohl mit der fast parallel verlaufender Regiotram eine attraktive Alternative vorhanden ist, über deren weitere Aufwertung man ja auch hätte sprechen und nachdenken können. Wer hier z.B. an der Taktschraube und beim Preis dreht, in einer positiven Richtung natürlich, der kann sich Spurerweiterungen in Richtung Wilhelmshöhe schenken, die fast nur dem Ziel dienen, den Verkehr aus den angrenzenden Stadtteilen Harleshausen und Junfernkopf und den nord-westlichen Umland-Gemeinden schneller nach Kassel zu bringen. Die Erhöhung der Fahrgastzahlen bei der Regio-Tram sprechen Bände und hätten durchaus auch andere Lösungen möglich gemacht.

Belastungsgrenze erreicht

Eingriffe in diesen neuralgischen Kreuzungsbereich, der schon seit vielen Jahren am Limit angekommen ist und für schwächere VerkehrsteilnehmerInnen viele Nachteile und Gefahren mit sich bringt, sind natürlich nicht grundsätzlich oder in allen Punkten abzulehnen. Die vorliegende, im Dezember 2010 im Ausschuß für Stadtentwicklung und Verkehr vorgestellte Planung (inzwischen auch im Netz der Stadt Kassel zu sehen) löst sicher auch einige wichtige Probleme, die ohne Umbau nur schwer zu lösen gewesen wären. So können die beiden großen Kreuzungen zukünftig in allen Richtungen von FußgängerInnen sicher genutzt werden. Straßenbegleitende Radwege bringen auch für RadfahrerInnen einen Quantensprung in puncto Sicherheit. Allerdings hätte es ohne diese zusätzlichen Umbauten weder eine planungsrechtliche Genehmigung noch eine Mittelbewilligung aus dem Landesetat gegeben.

Es gibt in Zusammenhang mit dem jetzt geplanten Umbau, nach den Abbrüchen der alten Tankstelle und des Hauses an der Zentgrafenstraße 96, auch noch die Chance für eine städtebauliche Aufwertung zu sorgen. Sie müsste allerdings kreativ und offensiv genutzt und von der Stadt auch tatsächlich vorangetrieben werden. Wer nur auf irgendeinen Investor wartet, wird lange und vermutlich vergeblich warten.

Lärmschutz

Die gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzmaßnahmen für die vom Autolärm seit Jahrzehnten schwer geplanten AnwohnerInnen bringen in der Tat eine Entlastung. Auch wenn das kein Planungsziel war, so ist es dennoch eine positive Nebenwirkung. Sie wird allerdings dadurch wieder konterkariert, dass auf Grund der zusätzlichen Spur für den Individualverkehr auch deutlich mehr Autos über die Kreuzung fahren werden. Ob das im Sinne der geplagten AnwohnerInnen ist, wagen wir zu bezweifeln.

Und es bleiben noch andere Fragen offen: Sind die 4,7 Mio. Euro, zu denen die Stadt 1,1 Mio. Euro zuschießen soll, das richtige Projekt zur richtigen Zeit? Wäre es nicht sinnvoller, an anderen Stellen in der Stadt in einen besseren und umweltfreundlicheren Verkehr zu investieren?

Die richtige Investition

Wir meinen, und das geben wir dem Neuen in diesem Amt, Herrn Nolda, mit auf den Weg: Lassen Sie sich nicht auf weitere große Straßenumbauten ein, sondern stoßen Sie endlich die überfällige Debatte zur Fortschreibung des Generalverkehrsplans an!

In diesem Zusammenhang passt es gut, Herrn Nolda noch einmal zu seiner Wahl als Stadtbaurat zu gratulieren. Wir versprechen ihm eine aufmerksame und kritische Begleitung seiner Tätigkeit und wünschen ihm ein glückliche, grüne Hand. Aber wir erinnern daran: Ein grüner Stadtbaurat, der die Umweltpolitik mit zu vertreten hat, muss jetzt endlich vom Gas runter gehen und sowohl bei Lärmbelastung als auch bei der Luftreinhaltung und Feinstaubbelastung aktiv und konstruktiv handeln. Diese Themen weiter auszusitzen wird nicht ausreichen. Sonst bekommen er und seine Grünen bei den nächsten Wahlen wirklich Probleme. Man darf ja nicht davon ausgehen, dass kurz vor den nächsten Kommunalwahl, wenn unter normalen Bedingungen gewählt wird, wieder irgendwo in der Welt ein Kernkraftwerk von einem Tsunami überrollt wird und so die Grünen wieder und erneut unverdient die Urne gefüllt bekommen.

Eckhard Jochum



Kassel - Kein Ort für Nazis

Aus der mit 1.500 Menschen besuchten, erfolgreichen antifaschistischen Demonstration im September letzten Jahres heraus hat sich das „Aktionsbündnis gegen Rechts“ mit dem Ziel gegründet, permanent gegen Nazis aktiv zu bleiben, um ihnen die öffentlichen Plätze zu entziehen.

Dazu wurde unter dem Motto „Kein Ort für Nazis“ zu Beginn diesen Jahres zu einer Auftaktveranstaltung im Philipp-Scheidemannhaus eingeladen. Der Einladung sind dabei über 80 AntifaschistInnen gefolgt. Ziel ist es, Strategien zu entwickeln, um die Nazis durch aktives Vorgehen und Aufklärungsarbeit langfristig aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und deren Netzwerke zu zerschlagen.

Kassel hat ein Nazi-Problem

Zum einen agiert die Schlägertruppe „Sturm 18“ rund um den vorbestraften Neonazi Bernd Tödter im öffentlichen Raum und es werden von ihnen demonstrativ rechtsextreme Symbole zur Schau getragen. Dabei pöbeln sie offensiv PassantInnen, insbesondere MigrantInnen und Andersdenkende an. Zum anderen arbeiten 35 Mitglieder vom “Freien Widerstand Kassel“, zum Teil gut organisiert, gezielt in bürgerliche Institutionen und Vereine hinein, um ihr rechtsextremes Weltbild in Kassel zu verankern. Nach Zerwürfnissen innerhalb der NPD traten im Jahr 2010 Mitglieder der JN-Nordhessen (Junge Nationaldemokraten) in den FWK (Freier Widerstand Kassel) ein. Kürzlich wurde zudem bekannt, dass ein weiteres Mitglied dieser rechtsradikalen Gruppe, Daniel Budzynski, im CDU-Vorstand des Stadtbezirksverbandes Kassel-Nord als Schriftführer arbeitete.

Gegenwehr organisieren

Dass jetzt endlich gehandelt werden muss, ist nicht erst klar seit der Nazi-Mordserie gegen Migranten, der auch in Kassel ein Internetcafé-Betreiber, Halit Yozgat, zum Opfer fiel. Die TeilnehmerInnen der Auftaktveranstaltung berichteten von zunehmenden Naziaktivitäten in ihren Stadtteilen, gegen die dringend etwas unternommen werden muss. Als erstes Ergebnis des Treffens werden von nun an Plakate in Läden und Kneipen ausgehängt. Diese sollen einerseits öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema erzeugen, andererseits gegenseitige Unterstützung bei Übergriffen von Nazis garantieren. Die Plakate wurden auch in türkischer Sprache gedruckt.

Keine Strukturen für Nazis

Nazis nutzen Wohnungen in Kassel als Rückzugsgebiet, um von dort aus aktiv gegen Migranten, Linke und gegen diejenigen zu hetzen, die nicht in ihr Schema des “Deutschen” als Mitglied einer “überlegenen Herrenrasse” passen. Wohnraum wird hierbei dazu benutzt, um rechtsradikale Strukturen in Stadtteilen wie der Nordstadt und im Wesertor aufzubauen und von dort ausgehend, Menschen einzuschüchtern.



Das “Aktionsbündnis gegen Rechts” hat darauf mit einer Kundgebung Mitte Januar vor der Zentrale der GWG (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft) in Kassel hingewiesen. Konkret ist ein Fall bekannt, bei dem eine von der GWG gestellte Wohnung in der Fiedlerstraße (Nordstadt) über einen längeren Zeitraum hinweg von mehreren Mitgliedern der Neonazi-Gruppe “Kameradschaft Sturm 18“ als Wohnraum genutzt wurde. Dass diese sich nicht nur besuchsweise bei einer GWG-Mieterin dort aufgehalten haben, macht die Anbringung ihrer Namen am Briefkasten deutlich.

Der Brisanz des Themas war man sich auch auf Seiten der GWG bewusst. Höchstpersönlich wurde durch deren Geschäftsführer Ley Mitte Dezember das Gespräch mit der Mieterin gesucht und untersagt, weiterhin die besagten Personen aufzunehmen. Das Verhalten der GWG wurde von Seiten des Aktionsbündnis gegen Rechts ¨Kein Ort für Nazis” ausdrücklich begrüßt. Der Stadtverordnete Simon Aulepp (Kasseler Linke) machte in seiner Rede vor Ort deutlich, dass das Vorgehen der GWG Vorbild für andere Vermieter sein kann. Es könne anderen Vermietern durchaus Mut machen, sich darin bestärkt zu fühlen, aktiv gegen Nazis in ihrer Mieterschaft vorzugehen.

Geplante Demo Ende März

Das Aktionsbündnis plant für Ende März eine Demonstration entlang verschiedener Plätze, an denen es Naziumtriebe gibt (oder gab) sowie an Orten, die dem Gedenken an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Deutschland gewidmet sind. Die Demonstration soll in der Kasseler Nordstadt und am Wesertor stattfinden. Ziel ist ein breites gesellschaftliches Bündnis unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu organisieren, um die dringend benötigte Öffentlichkeit für die Existenz nationalistischer und rassistischer Strukturen in unserer Stadt zu erzielen.

Nazis haben bei uns nichts zu suchen. Nicht auf unseren Straßen. Nicht auf unseren Plätzen. Nicht in unseren Kneipen. Nicht an unserer Uni. Nicht an unseren Schulen. Nicht in unseren Betrieben. Nirgends. Ziel ist es, dass jeder Einzelne sich ohne Angst frei bewegen kann. Nazis dürfen nirgendwo toleriert werden.

Soumya und Saskia



Was hat ein Gerichtsurteil in Kassel mit der unaufgeklärten Nazimordserie zu tun?

Am 23. Dezember wird vor dem Kasseler Amtsgericht ein stadtbekannter Neonazi mit langem Vorstrafenregister für tätliche Angriffe auf Mitglieder der Kasseler Linken im Wahlkampf in der Nordstadt und für das Entbieten des Hitlergrußes zu 600 Euro Geldstrafe verurteilt. Die 2,6 Promille im Blut veranlassten den Staatsanwalt, ein derart niedriges Strafmaß zu fordern. Das skandalöse Urteil und die Mordserie der Neonazi-Bande, auch wenn es sich dort um ein anderes Kaliber von Verbrechen handelt, hat etwas gemeinsam: Es ist die andauernde Blindheit auf dem rechten Auge deutscher Behörden, deutscher Justiz! Hier wird ein stadtbekannter, einschlägig vorbestrafter Nazischläger, über dessen Gesinnung sich niemand einer Illusion hingeben sollte, zu ein paar Euro Strafe verurteilt (die er abstottern oder in einer sozialen Institution ableisten kann), dort wird jahrelang die in der rechten Szene vorhandene Gewaltbereitschaft geflissentlich übersehen.

Stattdessen, was für ein Schande, werden - über Jahre - die Verwandten der Ermordeten mit erfundenen mafiösen oder anderen verbrecherischen Strukturen in Verbindung gebracht, anstatt zu allererst bei jedem Mord an einem Menschen mit migrantischem Hintergrund Rassismus als Ursache anzunehmen. Das allein hätte genügt, zwischen den Morden eine Verbindung herzustellen. Vermutlich hätte das dann auch schnell zu den Tätern geführt. Aber anscheinend wollte das niemand, und schon gar niemand in den Organisationen, die sich rühmen, die Verfassung zu schützen. Deren Gedankengut geht - zumindest in Teilen - zurück, das ist leider unumstritten, auf genau die nationalsozialistischen Organisationen, auf die sich die jungen Nazis aller Couleur bis heute berufen und beziehen. Statt den Nazisumpf mit knallhartem Durchgreifen trocken zu legen, wird gepennt, weggeschaut und über V-Leute noch Geld in die Szene gepumpt. Und statt vor Gericht hart durchzugreifen und die Paragraphen, die das deutsche Strafrecht ja hat, knallhart anzuwenden, werden verständnisvolle Streicheleinheiten verteilt.

Auf die Gerichte können wir uns, das wurde auch am 23.12.2011 beim Amtsgericht in Kassel mehr als deutlich, nicht verlassen. Es bleibt uns nur, den Druck auf der Straße und in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen, um dem Neonazi-Spuk möglichst bald ein Ende zu machen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Nazis den von ihnen angepeilten Platz in der Mitte der Gesellschaft, mitten im alltäglichen Leben, in den Vereinen, in manchen Parteien, in den Burschenschaften, der ländlichen Kirmes, der Feuerwehr etc. - einnehmen können. Dass das nicht einfach sein wird und dass es nicht schnell geht, muss nicht betont werden. Insofern muss sich die Kasseler Initiative, die sich gebildet hat mit dem Ziel, den neuen Nazis keinen Millimeter öffentlichen Raum zu lassen, auf ein längerfristiges Projekt einstellen und mit Sicherheit einen langen Atem haben.

Eckhard Jochum



http://kasselerrathausblog.de

www.kai-boeddinghaus.de

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

22. 3. Offene Fraktionssitzung 19 Uhr
Kulturzentrum Schlachthof Raum 3

24. - 25.03. SALZ - Konferenz Ökologie & Mobilität in Kassel
Mehr Infos und Anmeldung:
http://www.bildungsgemeinschaft-salz.de/

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke.de/termine

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Obere Königsstraße 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.